



Schweiz

Jagd auf Steuer-Flüchtlinge macht Schweizer Kantonal-Banken zu schaffen

07.09.13

Die globale Jagd auf Steuersünder bringt die kleinen Schweizer Kantonalbanken in Bedrängnis. Dahinter steckt ein Plan: Die Anleger sollen in die Großbanken getrieben werden. Dort sind sie besser zu kontrollieren.



Vermögende Anleger werden nervös und ziehen ihr Geld von den Konten der Kantonalbanken ab. (Foto: Flickr/kevin dooley)

In den vergangenen zehn Jahren ist es den Kantonalbanken nicht gelungen, ihre Erträge nachhaltig auf den Private-Banking-Bereich auszuweiten. Die Strategie, sich von dem Kreditgeschäft unabhängig zu machen, ist nicht aufgegangen. Der Ertrag aller Kantonalbanken aus dem Kommissions- und Dienstleistungsgeschäft beträgt 23 Prozent der gesamten Erlöse. Vor zehn Jahren war es noch über ein Viertel.

Das Kreditgeschäft in der Schweiz gilt als risikobehaftet. Die Kantonalbanken investierten daher in den Kauf von Privatbanken und stellten ganze Private-Banking-Teams ein, um das Vermögensverwaltungsgeschäft auszubauen. Denn die Vermögensverwaltung ist nicht an Kantonalgrenzen gebunden und kann durch die Akquise von neuen Kunden neue Erträge generieren. Hinzu kommt, dass das Risiko weitgehend beim Kunden liegt und daher die Bilanz der Bank nicht belastet. Daher muss es nicht mit Eigenkapital hinterlegt werden.

Das Versprechen von hohen Erträgen fand in dem Ausbruch der Finanzkrise jedoch ein abruptes Ende. Die schwierigen Bedingungen drückten die Renditen. Zudem macht die Jagd nach Steuersündern dem Private Banking massiv zu schaffen, denn sie konfrontiert den Bankensektor mit einer Welle regulatorischer Vorgaben und führt zu höheren Kosten.

Außerdem werden Anleger nervös und ziehen ihr Geld von den Konten der Kantonalbanken ab. Allein an der Grenze zu Deutschland wurden in 2012 über 20 Millionen Euro beschlagnahmt. Die Dunkelziffer dürfte um ein Vielfaches höher liegen (mehr [hier](#)).

Die kleinen Banken bekommen die Auswirkungen dieser Steuerjagd am deutlichsten zu spüren. „Der einstige Private-Banking-Musterknabe unter den Kantonalbanken, die SGKB, hat die Hyposwiss aufgespalten und den Großteil der Offshore-Aktivitäten abgestoßen“, berichtet die [NZZ](#). Der Anteil des Private Banking beträgt nur noch 30 Prozent.

Etliche Kantonalbanken haben diesen Geschäftsbereich bereits verkleinert, verkauft oder ausgelagert. Wenn sie nun ihr Private-Banking-Geschäft ganz einstellen oder gar pleitegehen, bleibt den Kunden nichts weiter mehr übrig, als sich dem großen Risiko von Banken wie UBS oder Credit Suisse auszusetzen.

Die niedrigen Zinsen der EZB machen es den Sparern unmöglich, halbwegs ertragreiche Konditionen mit den Banken zu verhandeln. Bei einem Leitzins von 0,5 Prozent und einer Inflationsrate von 2,0 Prozent kommt es einer Enteignung der Kunden gleich, wenn sie ihr Geld auf dem Gehaltskonto oder einem Sparbuch belassen (mehr [hier](#)).

Großbanken wie die Credit Suisse und die UBS gelten als too big to fail. Kunden, die ihr Geld dort anlegen, sind einem höheren Risiko ausgesetzt als bei den Kantonalbanken. Die Großbanken sind international viel stärker vernetzt und sind im giftigen Derivate-Markt aktiv.

Die Banken gelten allerdings als zu groß zum Scheitern und werden notfalls über ein Notprogramm gerettet. Dabei werden, wie im Fall Zypern bereits geschehen, auch die Sparer zur Kasse gebeten.

Auch für den Finanzstandort der Schweiz kann das dramatische Auswirkungen mit sich bringen. Der Standort verliert an Attraktivität. Das Kapital aus dem Vermögensgeschäft sucht sich andere Kanäle, denn das Bankgeheimnis in der Schweiz ist so gut wie Geschichte.